

Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein

Es geht ums Ganze

Vor Beginn eines Streits sind die Wege seiner Beendigung auszulegen. Diesen Grundsatz konstruktiver Auseinandersetzung hat EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen mißachtet, als sie ein neues Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet hat. Anlaß ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom Mai 2020, das die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), der das Staatsanleihekaufprogramm (PSPP) als rechtmäßig beurteilte, als „objektiv willkürlich“ und „methodisch nicht mehr vertretbar“ bewertet hatte. Auch sei das PSPP teilweise verfassungswidrig, da die EZB die Verhältnismäßigkeit bezüglich der Zinswirkungen unzureichend geprüft hätte. Es war das erste Mal, daß das BVerfG einen Grundgesetz-Verstoß durch europäische Institutionen feststellte – aufgrund einer Anmaßung von Kompetenz, die nicht durch die EU-Verträge gedeckt sei.



von
Dirk Meyer

„Nur ein Bundesstaat kann sich seine Kompetenzen selbst schaffen, nicht aber ein supranationaler Staatenbund wie die Europäische Union.“

Auch um Rechtsverstößen Polens und Ungarns entgegenzutreten, keine Sonderbehandlungen großer Staaten wie Deutschland zuzulassen und zukünftig ein „Europa à la carte“ durch die Nichtbeachtung von EuGH-Entscheidungen auszuschließen, hielt die EU-Kommission diesen Schritt für notwendig. Vorrang von EU-Recht ist schließlich ihr Grundanliegen. Doch müssen hier zwei Sachverhalte klar unterschieden werden: Zum einen die EuGH-Rechtsprechung auf der Basis des geltenden EU-Rechts. Dieser ist uneingeschränkt zu folgen. Gemäß dem „Honeywell“-Urteil des BVerfG wurden 2010 dem EuGH sogar handwerkliche Fehler bei der Rechtsprechung zugestanden, die es national zu akzeptieren gilt. Zum anderen hat das BVerfG in seinem Maastricht-Urteil (1993) den Fall eines ausbrechenden Rechtsakts beschrieben:

Jede EU-Kompetenz muß durch eine begrenzte Einzelermächtigung der EU-Staaten auf die Unionsebene ausdrücklich übertragen werden. Ansonsten handelt die EU *ultra vires*, also außerhalb ihrer Kompetenz.

Nur ein Bundesstaat kann sich seine Kompetenz selbst schaffen, nicht aber ein supranationaler Staatenbund, wo die einzelnen Staaten die „Herren der Verträge“ sind. Gelte dies nicht mehr, würden die Nationalstaaten und ihre Bürger de facto entmachtet. Da dann das Handeln der EZB nicht mehr national kontrolliert werden kann, droht Willkür der EU-Institutionen. Die EU-Präsidenten wollen eine Politik der Machtanmaßung in Richtung EU-Bundesstaat durchsetzen. Das Corona-Wiederaufbauprogramm (Next Generation EU) mit gemeinschaftlicher Schuldenaufnahme (Eurobonds) und eine geplante Erhebung eigener Steuern gehen in die gleiche Richtung. Deutschland verliert Einfluß, und bei Haftungsübernahme wird es sehr teuer.

Die Bundesregierung hat zwei Monate Zeit, auf das Brüsseler Mahnschreiben (Artikel 258 EU-Vertrag) zu antworten. Doch wie? Das unabhängige BVerfG kann politisch zu keinerlei Zugeständnissen genötigt werden. Selbst wird es sich kaum äußern wollen. Es geht nun ums Ganze. Endlich tritt der Konflikt offen zutage, der für die Verfassungsrichter bei zukünftigen EU-Entscheidungen so wichtig ist. Denn er rührt an der fragilen juristischen, gleichwohl ökonomischen und politischen Machtbalance, die der EU seit vielen Jahren nur eine scheinbare Stabilität gegeben hat. Kommissionschefin Ursula von der Leyen ist in eine Schlacht gezogen, die sie nicht gewinnen kann.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Die erhöhte Tabaksteuer soll mithelfen, den Bundeshaushalt zu sanieren

Rauchen für Corona

Von **Jörg Fischer**

Als Oppositionspolitiker geißelte Guido Westerwelle vor 20 Jahren die Beitragsatzsenkung in der Rentenversicherung durch die rot-grüne „Ökosteuern“. „Rasen für die Rente – das ist keine Finanzpolitik, das ist gaga“, sagte der damalige FDP-Chef Guido Westerwelle im Bundestag. Steuereinnahmen würden nie zweckgebunden eingesetzt. Als er ab 2009 unter Angela Merkel mitregierte, wurde die Erhöhung der Mineralölsteuer um 15,35 Cent nicht rückgängig gemacht und die neue Stromsteuer von 2,05 Cent pro Kilowattstunde nicht wieder abgeschafft – im Gegenteil: Seit zehn Jahren verteuert beispielsweise die schwarz-gelbe Luftverkehrssteuer Flugtickets in Deutschland. Aus maximal 45 Euro sind inzwischen bis zu 58,73 Euro pro Passagier und Strecke geworden.

Nun soll die seit sechs Jahren nicht erhöhte Tabaksteuer mithelfen, den 2020 corona-bedingt von 356,4 auf 508,5 Milliarden Euro aufgeblähten Bundeshaushalt zu sanieren. Voriges Jahr kassierte der Fiskus von den Rauchern 14,7 Milliarden Euro – 2,8 Prozent mehr als 2019. Das Tabaksteuermodernisierungsgesetz argumentiert zwar auch scheinlich mit dem Gesundheitsschutz, aber da die Erhöhung mit

jährlich etwa elf Cent je Zigarettenschachtel eher moderat ausfällt, dürfte der höhere Steuerertrag den Finanzminister erfreuen: Nur wenige Raucher werden deshalb auf den Schwarzmarkt ausweichen. Wer an der Grenze zu Luxemburg, Österreich, Polen oder der Tschechei wohnt, hat schon bisher beim Billigtanken seine „Marlboro“ oder „Camel“ mitgenommen und die dortigen Händler und Finanzminister erfreut. Und für Franzosen, bei denen die Zigarettenschachtel inzwischen zehn Euro kostet, ist Deutschland weiter eine Raucherreise wert.

Auch die umstrittene „CO₂-Bepreisung“ durch das schwarz-rote Brennstoffemissions-handelsgesetz beeinflusst weder das Weltklima noch die sommerlichen Temperaturen in Mitteleuropa. Benzin, Diesel, Erdgas und Heizöl werden verteuert, aber Autofahren müssen die meisten und Heizen jeder – spricht: Der Steuerertrag ist sicher. Etwa 7,4 Milliarden Euro will der Bund so dieses Jahr einnehmen. Und je nach Zusammensetzung der künftigen Bundesregierung könnte es ab 2022 sogar ein Mehrfaches sein. Aber auch hier gilt: Die zusätzlichen Einnahmen werden für das eingesetzt, was die jeweilige Regierung für opportun hält.



Armierungseisen vor einer Schalttafel auf einer Baustelle: Mehr Schadensersatzforderungen?

Katastrophale Versorgungslage

Industrie und Handwerk: Selbst Stahl ist in Deutschland inzwischen Mangelware / „Den Preissteigerungen sind gefühlt keine Grenzen mehr gesetzt“

ELIAS HUBER

Aluminium, beliebte Automodelle, chemische Grundstoffe, Dämmstoffe, elektronische Schaltkreise, Gummi, Holz, Kunststoffe, Kupfer, Schrauben oder Spanplatten – bei immer mehr Produkten stockt der Nachschub. Es trifft Mittelständler wie globale Konzerne (JF 23/21). Selbst Stahl ist derzeit sehr knapp, manche erinnert das an die sozialistische Mangelwirtschaft in der DDR. Doch der Vergleich hinkt – in Marktwirtschaften wird bei Mangel das Unverzichtbare einfach teurer, es gibt Inflation. „Den Preissteigerungen sind gefühlt keine Grenzen mehr gesetzt“, schreibt etwa der Vertriebsleiter eines Stahlgroßhändlers in einer E-Mail, die der JF vorliegt. Bei Stahlblechen, Stabstahl und Trägern komme es zu einer regelrechten Preis-Rallye. Für die nächsten Monate rechnet der Manager mit weiteren Verteuerungen. „Es wird jede Bestellung geprüft und nur gezielt Material rausgegeben, nur an die Stammkundschaft!“, schreibt er an einen Kunden – und das erinnert tatsächlich an die „Beziehungen“, die in der DDR nötig waren, um an Mangelwaren zu kommen.

Zahlen des Preisinformationsdienstes Platts zeigen, wie sehr die Stahlpreise in diesem Jahr angestiegen sind. Im November 2019 kostete sogenannter Warmband-Stahl aus Werken im Ruhrgebiet 425 Euro pro Tonne. Bis Juli 2020 fiel der Preis auf 407 Euro. Danach ging es steil bergauf: im Februar auf 730 Euro und im Juni gar auf 1.100 Euro. Bei einer Unternehmensumfrage des Ifo-Instituts berichteten denn auch 51,4 Prozent der Hersteller von Metallzeugnissen, daß im April Vorprodukte fehlten.

In der Vor-Corona-Zeit belächelte Stahlhersteller wie Thyssenkrupp profitieren von den hohen Preisen und melden Anfang Mai satte Zuwächse bei Umsätzen und Profitabilität. Stahlverarbeitende Unternehmen haben Lieferschwierigkeiten, stehen aber gleichzeitig weiter unter Kostendruck. „Die Schmerzgrenze bei den Preisen ist inzwischen so weit überschritten, daß die Lage für viele Unterneh-

men existenzbedrohend ist“, sagte ein Einkaufsleiter gegenüber dem Fachinformationsdienstleister Martin Brückner Infosource.

Die Lieferengpässe bringen nachgelagerte Branchen außer Takt, etwa den von der Pandemie kaum betroffenen Bausektor. Im Mai klagten im Hochbau 43,9 Prozent und im Tiefbau 33,5 Prozent über Materialknappheit, wie die Ifo-Umfrage zeigte. Das sei ein „beispielloser Engpaß“ wie seit 30 Jahren nicht, sagten die Forscher bereits bei einer früheren Branchenumfrage. Das Problem: Schlosser, die auf Stahlbauteile angewiesen sind, haben ihre Aufträge abgeschlossen, als die Materialpreise deutlich geringer waren. Wer nun wegen fehlenden Materials nicht liefern, dem droht Schadensersatzforderungen, erklärt ein Architekt und fügt hinzu: „Manche Handwerker werden ein Nullsummenspiel machen, um die Firma am Leben zu erhalten.“

„Außerordentlich hohe Komplexität“

Laut einem Mitgliederscheibens des Bundesverbands Deutscher Stahlhandel (BDS) sind an den hohen Preisen unter anderem Antidumping-Zölle der EU schuld. Auch die Containerpreise in der Frachtschiffahrt hätten sich bis um das Fünffache verteuert. Außerdem habe China Anfang Mai bestimmte Importzölle gesenkt und gleichzeitig Exportsubventionen gestrichelt. Bei Exporten seien Rabatte von 13 Prozent auf die Mehrwertsteuer bei über hundert Stahlprodukten entfallen. „Die Maßnahmen verfolgen den Zweck, Produkte aus chinesischer Produktion auf dem heimischen Markt zu belassen und die Kosten für Importe zu senken“, klagen die deutschen Stahlhändler. Auch der Preis von Eisenerz habe sich innerhalb eines Jahres verdoppelt, Stahlschrott koste 70 Prozent mehr als vor zwölf Monaten, und die wichtigsten Legierungselemente seien „spürbar“ teurer.

Der Sprecher eines großen Stahlproduzenten aus Deutschland verweist auf den Lockdown, um die Lieferprobleme zu erklären: Zu Beginn der Corona-Krise seien viele Industrien über Nacht

stillgestanden, etwa große Teile der Autoindustrie. Die Stahl-Nachfrage sei plötzlich eingebrochen und habe im Herbst wiederum schneller als erwartet angezogen. Das verursache bei integrierten Produktionsprozessen wie Stahl eine „außerordentlich hohe Komplexität“. Auch brauche es einige Wochen, um einen Hochofen wieder auf volle Leistung hochzufahren.

Indes rechnen Branchenbeobachter nicht mit einer raschen Entspannung. Es drohe eine weitere Verknappung, schrieben Ende Mai die Industrieverbände für Blechumformung und Massivumformung sowie der Deutsche Schraubenverband in einer gemeinsamen Erklärung. Lieferketten könnten reißen, warnten sie: „Eine derart katastrophale Versorgungslage ist unverantwortlich.“ Diese Branchenvertreter machten vor allem die Stahlhersteller verantwortlich, die die Produktion nicht rasch genug ausweiten würden. Auch der BDS schreibt, eine Erholung sei derzeit „nicht absehbar“.

Wenn Stahl fehlt, spüren das auch die Autohersteller und Maschinenbauer. Selbst viele Produkte, die eigentlich gar keinen Stahl enthalten, können ohne den Basiswerkstoff nicht hergestellt, gelagert oder transportiert werden. Laut dem BDS sank die Rohstahlproduktion in Deutschland, dem immer noch größten Hersteller in der EU, voriges Jahr um zehn Prozent. Im ersten Quartal von 2021 habe sie zwar zugenommen, aber liege weiter „deutlich“ unter dem langjährigen Schnitt.

Die Finanzchefin eines mittelständischen Metallbaubetriebs ist gegenüber der JF besorgt. Gerade hat das Unternehmen mit vier Generationen Firmengeschichte erfahren, daß ein Zulieferer die Preise erneut erhöht hat. Verschiedene Abmessungen und Farben im Stahlblechbereich seien schlecht oder gar nicht mehr verfügbar, die Materialknappheit werde sich zum dritten und vierten Quartal „noch weiter drastisch verschärfen“, teilte der Zulieferer mit. Müsse man wegen Materialmangel in Kurzarbeit gehen, könne man vielleicht ein halbes Jahr durchhalten, schätzt die Finanzchefin.

Bundesverband Deutscher Stahlhandel:
► www.stahlhandel.com

Michael Grandt
So schützen Sie sich vor dem Corona-Staatsbankrott
Konservativer Vermögensschutz in schwierigen Zeiten

Ein journalistisches Meisterwerk auf 82 Seiten vom Erfolgs-Autor Michael Grandt

Schützen Sie sich vor dem Corona-Staatsbankrott!

Vermögensschutz in schwierigen Zeiten

Corona hat uns fest im Würgegriff. Die wirtschaftlichen Folgen treten mehr und mehr in den Vordergrund, denn die Pandemie hat jetzt schon größeren Schaden angerichtet als die Krise 2008/2009. Und es wird immer schlimmer! Die finanzpolitischen Parameter sprechen für einen mittelfristigen deutschen Staatsbankrott. Was bisher undenkbar war, könnte sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren leider bewahrheiten.

Michael Grandt ist kein Theoretiker, sondern war Finanz- und Vermögensberater mit jahrzehntelanger praktischer Erfahrung. Profitieren Sie jetzt von seinem profunden Hintergrundwissen! Der Autor gibt Ihnen in seiner neuen Broschüre unbezahlbare Ratschläge und gleich umsetzbare Tipps, wie Sie Ihr Erspartes schützen können. Erfahren Sie wie „krisenresistente“ Aktien überhaupt definiert werden; ob die eigene Immobilie noch einen Schutz bietet; ob ein Goldverbot kommen wird; warum Pa-

pier-Edelmetalle mit Vorsicht zu genießen sind; weshalb vermietete Immobilien jetzt ein Risiko darstellen; welche bisher unbeachteten Sachwertalternativen es gibt, und vieles mehr. Michael Grandt zeigt in zahlreichen Beispielen, wie Ihr ganz persönliches „Pandemiemanagement“ und Ihr eigenes Krisenportfolio aussehen kann, mit dem Sie sicher durch schwere Zeiten kommen können. Jetzt kostenlos und ohne jegliche Verpflichtung bestellen.



Bestsellerautor Michael Grandt gibt Ihnen nützliche Tipps, wie Sie Ihr Erspartes schützen können

Bestell-Coupon für kostenlose Broschüre

Ich bestelle kostenlos und ohne jegliche Verpflichtung die neue Broschüre von Dr. h. c. Michael Grandt

So schützen Sie sich vor dem Corona-Staatsbankrott
Konservativer Vermögensschutz in schwierigen Zeiten

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Plz und Ort: _____



Bitte einsenden an:
Die Deutschen Konservativen e.V.
Beethovenstraße 60 · 22083 Hamburg
Tel.: 040/299 44 01 · Fax: 040/299 44 60
www.konservative.de · E-mail: info@konservative.de